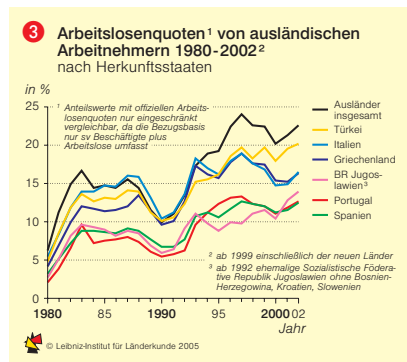
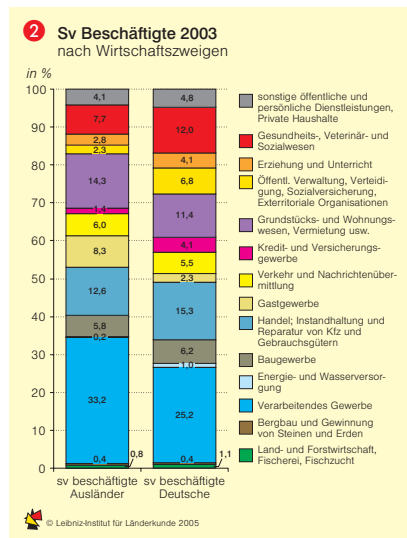
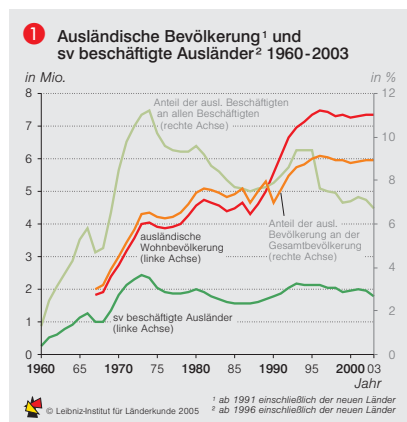


Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Ausländern

Wolf Gaebe und Simone Plahuta



Die Chancen zur sozialen Teilhabe Nichtdeutscher werden entscheidend von ihrer Stellung auf dem deutschen Arbeitsmarkt bestimmt. Scheitert eine Integration in den Arbeitsmarkt, besteht die Gefahr einer zunehmenden sozialen Spaltung.

Beschäftigungsentwicklung

Als Folge der Anwerbeabkommen der alten Bundesrepublik mit Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien sowie Jugoslawien zwischen 1955 und 1968 stieg der Ausländeranteil an der Bevölkerung bis zum Anwerbestopp 1973 auf 6%, an den Arbeitnehmern auf 11% an (► [Beitrag Glebe/Thieme, Bd. 4, S. 76](#)). Heute bilden türkische Staatsbürger die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Beschäftigten (6). Während der Bevölkerungsanteil durch Familien-nachzug sowie den verstärkten Zustrom von Flüchtlingen weiter gestiegen ist, sank der Anteil ausländischer Arbeitnehmer wieder ab (1).

Ausländer konzentrieren sich aufgrund der branchenspezifischen Anwer-

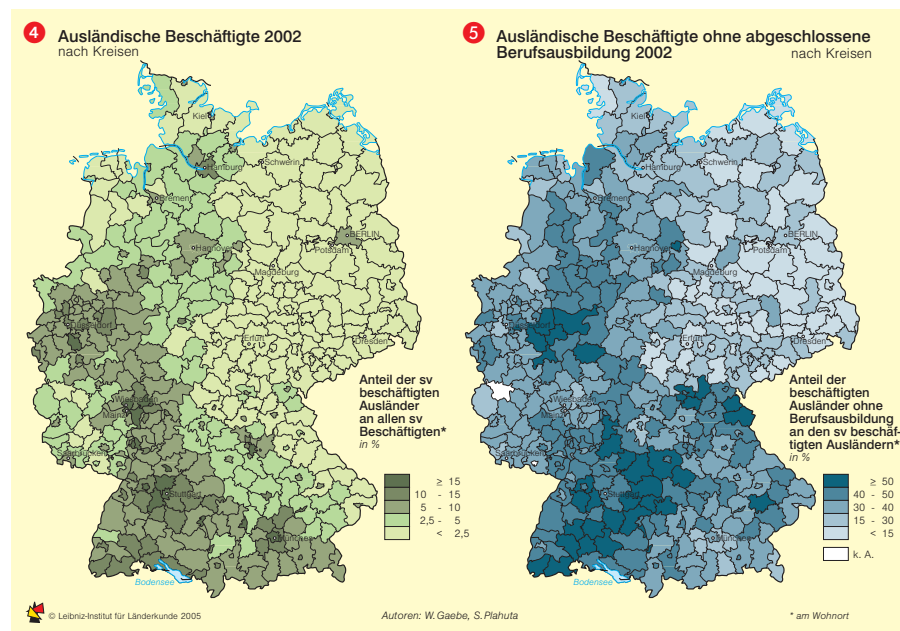
bung, ihrer Qualifikation, ihrer sozialen Netzwerke oder auch diskriminierender Personalpolitik seitens der Arbeitgeber stark auf bestimmte Wirtschaftsbereiche und Arbeitsmarktsegmente. Stark vertreten sind sie im verarbeitenden Gewerbe und im Gastgewerbe und damit in Branchen, welche sich z.T. durch niedrige Löhne, relativ schlechte Arbeitsbedingungen und im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels durch einen verstärkten Arbeitsplatzabbau auszeichnen (2). Der Ausländeranteil unter den Beschäftigten ist aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands in den 1960er und 70er Jahren in jenen Regionen sehr hoch, die aufgrund ihrer Nähe zu den Herkunftsländern und ihrer Wirtschaftsstärke und -struktur besonders früh und stark Ziel von Zuwanderung waren (4).

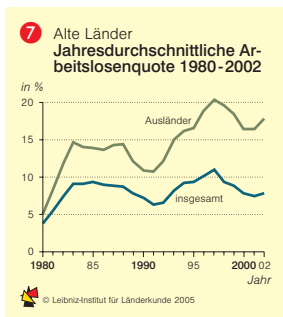
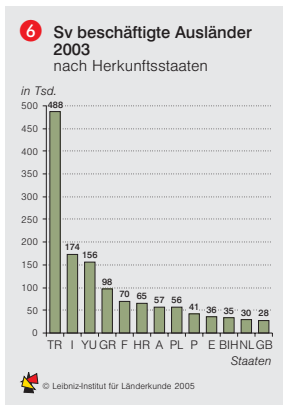
Arbeitslosigkeit

Während in der Anwerbengeneration auch gering qualifizierte ausländische Arbeitskräfte fest in den deutschen Arbeitsmarkt eingebunden waren, haben die zweite und dritte Generation sowie

die neuen Zuwanderer keine sicheren Arbeitsplätze mehr (SANTEL/HOLLIFIELD 1998). Aber auch der ersten Generation gelingt die Teilhabe am Erwerbsleben immer weniger. Im Zuge der Deindustrialisierung und der sinkenden Nachfrage nach nicht und gering qualifizierten Arbeitskräften ist die Arbeitslosigkeit unter Ausländern überproportional stark gestiegen; ihre Arbeitslosenquote ist mit fast 18% heute mehr als doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung (7). Besonders problematisch stellt sich die Arbeitsmarktsituation für Türken dar (8).

Die Ausländerarbeitslosigkeit weist deutliche regionale Unterschiede auf (8), korreliert jedoch weitgehend mit dem regionalen Muster der Gesamtarbeitslosigkeit. Eine sehr hohe Arbeitslosigkeit unter Ausländern besteht vor allem in den neuen Ländern, obgleich der Anteil der Ausländer mit Ausnahme von Berlin dort sehr gering ist. Die günstigsten Arbeitsmarktstrukturen für Migranten weist Baden-Württemberg mit seinem industriell geprägten Arbeitsmarkt auf. Die hohe Nachfrage

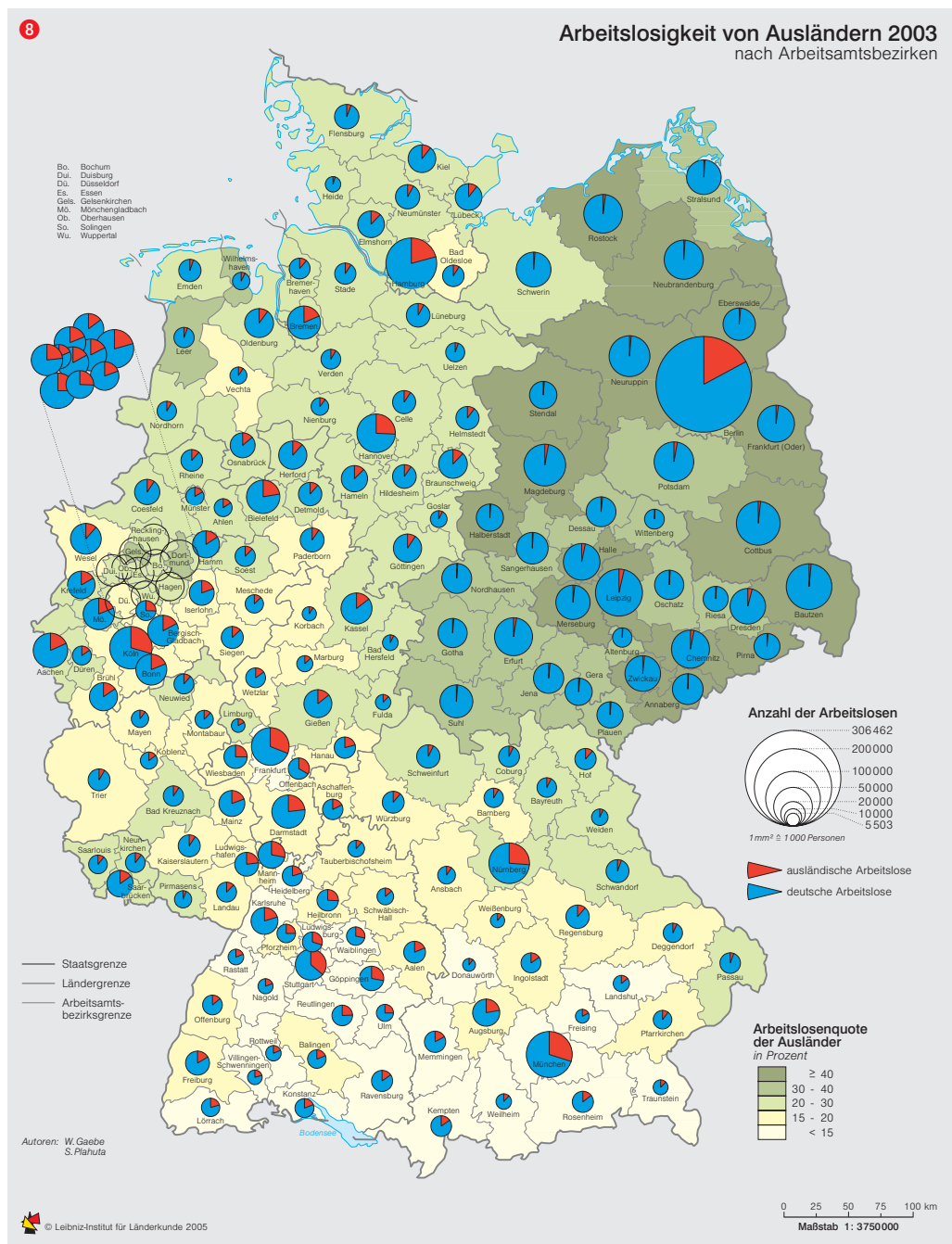




nach gering qualifizierten Arbeitskräften sicherte dort bislang ihre ökonomische Integration **6**. Wie gefährdet diese unter den Vorzeichen des anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels jedoch ist, zeigt die Entwicklung seit Einbruch der Weltwirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre. Allein in Stuttgart wurden zwischen 1990 und 1998 etwa 40.000 Arbeitsplätze abgebaut (-11%), davon etwa 36.000 im verarbeitenden Gewerbe (-28%) (VERBAND REGION STUTTGART u.a. 1999, S. 78 ff.). Die Zahl der Arbeitslosen hat sich dort in der Folge mehr als verdoppelt (+114%), die der ausländischen Arbeitslosen sogar mehr als verdreifacht (+210%).

Politischer Handlungsbedarf

Die Unterschichtung des Arbeitsmarktes durch Ausländer wurde seitens der Politik lange nicht als gesellschaftspolitisches Problem wahrgenommen. Erst mit der jüngst erfolgten Einsicht, dass Deutschland sich de facto zu einem Einwanderungsland entwickelt hat, wurde die Notwendigkeit für deutlich intensivierte Integrationsanstrengungen erkannt. In Politik und Wirtschaft wird die mangelhafte und sich verschlech-



ternde Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt vor allem auf deren geringes Qualifikationsniveau zurückgeführt (► Beitrag Gaebel/Plahuta, S. 100) und damit primär als ein persönlich-individuelles bzw. bildungspolitisches Problem gesehen (SEIFERT 2001, S. 6). Da jedoch weitere Faktoren wie Diskriminierung ausländischer Bewerber

und Arbeitnehmer durch Personalverantwortliche eine Rolle spielen, reichen Handlungsprogramme im Bereich der schulischen und beruflichen Qualifizierung nicht aus. Es bedarf eines breiter angelegten Handlungsansatzes, um die Arbeitsmarktsituation für Ausländer zu verbessern, das hohe Armutsrisiko der ausländischen Bevölkerung zu min-

dem und so die gesellschaftliche Integration der Ausländer in Deutschland zu fördern.♦